

SMALL IS BEAUTIFUL



IN DIESER AUSGABE

Mörderischer Uran-
Abbau 1

Editorial 2

Wahnsinnige Gefahren
und wunderbare Mög-
lichkeiten 5

Wo der Pfeffer wächst
und rote Fahnen wehen 7

DESERTEC 9

Impressum 9

Aus „100 gute Gründe gegen Atomkraft“ von EWS, Schönau:

...alle 436 Atomkraftwerke der Welt decken mit ihrer Stromproduktion nur etwas mehr als zwei Prozent des gesamten Weltenergiebedarfs. Wollte man diesen Anteil auch nur auf zehn Prozent steigern, müsste man, bei gleichbleibendem Energiebedarf, 1.600 zusätzliche Atomkraftwerke bauen...

... allein der Bund gab bis heute über 40 Milliarden Euro für Atomforschung aus ... und noch immer fließen jedes Jahr 200 Millionen Steuergelder in Atomforschung und -projekte...

...im Jahr 2008 stammen 15 % des Deutschland verbrauchten Stroms aus Erneuerbare Energien. Im Jahr 2020 könnten es schon knapp 50 % sein...

MÖRDERISCHER URAN-ABBAU

In Zeiten des Klimawandels wird uns Kernkraft zunehmend als saubere Energieform verkauft. Kein Wort davon, wie viel Leid der „Yellow Cake“, das Ausgangsmaterial für den Brennstoff, für die indigenen Völker bedeutet, die dafür mit ihrem Land und ihrem Leben bezahlen.

Claus Biegert

Ende der 90er Jahre flog eine ungewöhnliche Reisegruppe aus dem hohen Norden Kanadas nach Japan. Es waren indianische Frauen vom Stamm der Dene auf dem Weg nach Hiroshima und Nagasaki. Ihre Männer hatten jahrzehntelang in der Uranmine an der Echo Bay am Great Bear Lake gearbeitet, die meisten von ihnen starben später an Krebs. Dennoch waren sie auch – unbewusst – daran beteiligt gewesen, großes Leid über die beiden japanischen Städte zu bringen: Sie hatten als Minenarbeiter geholfen, das Erz zu fördern, aus dem das Uran für die ersten Atombomben stammte. Und gemäß den Prinzipien ihrer indianischen Kultur, nach denen Versöhnung und Heilung nur möglich sind, wenn verhängnisvolle Irrwege wieder zu einem Kreis geschlossen werden, unternahmen nun die Frauen die weite Reise, um die Überlebenden des nuklearen Angriffs um Vergebung zu bitten – obwohl ihre Männer selbst Opfer der tödlichen Strahlung geworden waren.

Heute wird Uran weniger für Bomben gewonnen als für die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie. Gerade in Zeiten akuter Klimaproblematik preist die Atomindustrie ihre Energie als umweltfreundliche Alternative: Lars Josefsson, Präsident der Vattenfall Group, lobte kürzlich die

„hervorragende Umweltbilanz“ der Kernenergie. Zu kurz gedacht: Während die 440 scheinbar sauberen Reaktoren weltweit vor allem Energie für Industrie und urbane Zentren liefern, findet der Abbau meist in dünn besiedelten Gegenden statt, in denen Minderheiten leben, deren Rechte mit Füßen getreten werden. Denn Uranabbau ist ein schmutziges Geschäft und die Kraftwerke verlangen ununterbrochen Nachschub an Brennstoff: „Yellow Cake“, gelber Kuchen, heißt das Stoffgemisch, das vor allem aus Uranoxiden besteht, und aus dem die Brennelemente für die Kraftwerke hergestellt werden. Wo genau kommt der gelbe Kuchen her?

Saskatchewan, Kanada. Die Dene können davon erzählen. Die meisten Männer am Great Bear Lake arbeiteten ohne jeden Schutz in den Minen. Mit Hacke und Schaufel bauten sie das Gestein ab, von Hand schoben sie die Loren mit dem Erz, in Segeltuchsäcken trugen sie es auf den Schultern – und starben an Krebs. „Villages of Widows“, Witwendörfer, heißen viele Gemeinden bei den Einheimischen. Hier, im subarktischen Norden der Provinz Saskatchewan, begegnen sich die traditionellen Jagdgründe der Cree und der Dene.

Jagd ist in dieser von Flüssen und

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, eines der ganz großen Wahlkampfthemen zur Bundestagswahl am 27. September ist der Ausstieg. Bleibt es bei dem beschlossenen Atomausstieg oder kommt es doch noch zu einem Ausstieg aus dem Ausstieg? Diese Wortspielereien mögen albern klingen, aber die Sache dahinter ist es nicht. Wenn der beschlossene Atomausstieg rückgängig gemacht wird und die alten Reaktoren einfach weiter laufen, ist das in jeder Hinsicht fatal. Die Störanfälligkeit nimmt bei den alten Anlagen zu, die sogenannten Zwischenlager werden durch neuen Müll noch unsicherer und ein sicheres Endlager ist nicht in Sicht.

Nun rufen tatsächlich Politiker nach einer Fortschreibung all dieser Risiken. Deshalb soll am 5. September, drei Wochen vor der Wahl, in Berlin eine machtvolle Demonstration stattfinden, die deutlich zeigt: Wer auch immer am 27. September die Wahl gewinnt, kann die Stilllegung von Atomkraftwerken nicht verhindern ohne sich gewaltig die Finger zu verbrennen.

Klaus Biegert und Raimund Kamm liefern in diesem Rundbrief schlagende Argumente für eine schnelle Stilllegung. Im Kampf gegen den Klimawandel hilft Atomkraft erst recht nicht. Eine Laufzeitverlängerung der längst abgeschriebenen Reaktoren verhindert den Ausbau der Erneuerbaren Energien - und auch von Arbeitsplätzen.

Offensichtlich, um ihre Monopolstellung in der Energieversorgung zu erhalten, haben einige Großkonzerne das Projekt DESERTEC ins Leben gerufen. Über Strom aus der Sahara haben wir schon im letzten Rundbrief (Nr. 2/2009) ausführlich geschrieben. Nun haben wir auf Seite 9 noch einmal die Argumente gegen so ein Großprojekt zusammengefasst.

Ihre

D.Rüb

Doris Rüb

Seen durchsetzten Waldlandschaft, die nach Norden hin zu Tundra wird, nach wie vor Bestandteil der indigenen Kultur. „Our land is our life“, sagen die Jäger – unser Land ist unser

einem Prozent (manche Minen haben sogar nur 0,1 Prozent oder weniger) verbleiben 99 Prozent des abgebauten Gesteins vor Ort, in riesigen Halden oder großen Becken.



Schleichende Vergiftung: Abraumphalde einer Uranmine in der kanadischen Provinz Ontario

Leben. Sie sehen sich als Teil des Ökosystems; sie sagen „ernten“, wenn sie fischen oder Elche und Karibus jagen, sie folgen dem Wild über weite Strecken und sind wochenlang unterwegs. Weite Strecken legen aber auch die radioaktiven Isotope zurück, die beim Abbau des Urans frei werden und sich über die Wasserwege Hunderte von Kilometern in die Wildnis verteilen. Die Verseuchung der Gewässer macht die Jagdgründe zur Gefahrenzone. Jahrzehntlang waren die Jäger ahnungslos; sie trugen Gewehre mit sich, keine Geigerzähler. Erst seit einigen Jahren realisieren sie das Ausmaß der Gefährdung. Staatsdokumente enthüllten jüngst, dass die Verantwortlichen schon 1931 wussten, wie riskant der Umgang mit Uran ist.

Kanada ist nach wie vor der führende Uranproduzent der Welt. Uranabbau verbraucht Land, seine Auswirkung beschränkt sich nicht auf die Minen. Bei der Aufbereitung wird das Uran aus dem zermahlenden Gestein gelöst; die Trennung erfolgt mit dem Einsatz von Schwefel- oder anderen Säuren. Bei einem Urangehalt von

Dieser Abraum, die „tailings“, enthält nicht nur giftige Schwermetalle, sondern weiterhin auch radioaktives Material, das nicht extrahiert werden konnte und nun durch Wind und Regen in der Umgebung verteilt wird. Eine besondere Gefahr stellen die flüssigen Abraumschlämme dar, weil es immer wieder zu Damnbrüchen kommt. 1964 rauschte nach einem Rohrbruch bei der Wismut (siehe natur+kosmos 1/2009) tagelang radioaktiver Schlamm durch das sächsische Dorf Oberrothenbach. 1979 in Churchrock im US-Bundesstaat New Mexico flossen 370 000 Liter verseuchtes Wasser und 1000 Tonnen Sedimente ins Umland; 1994 versickerten bei Olympic Dam in Australien ganze fünf Millionen Liter radioaktiver Brühe im Boden. Im Umfeld einer solchen Mine zu leben ist lebensgefährlich. Doch die, die hier leben, haben keine Wahl.

Colorado-Plateau, USA. Nicht viel anders als den Dene geht es den sprachlich mit ihnen verwandten Diné, die auch als Navajo bekannt sind. Sie sind auf dem Colorado-Plateau zu Hause, einem wüstenähnlichen Hoch-

land im Südwesten des nordamerikanischen Kontinents. Die Diné leben als Schafzüchter, die Pueblo-Völker in ihrer Nachbarschaft sind Maisfarmer. Für sie alle sind seit der Entdeckung des Urans nahe der Kleinstadt Grants in den 40er Jahren die Erfahrungen nicht anders als in der Subarktis: ungeschützte Schwerstarbeit in den Minen, verseuchtes Trinkwasser, verseuchte Erde, strahlendes Vieh, strahlende Ernten.

Phil Harrison kennt alle betroffenen Familien. Er hat das „Komitee für die Opfer der Uranstrahlung“ gegründet; er sorgt dafür, dass die Wiedergutmachungen aus Washington, die in zähen Gerichtsverfahren erkämpft wurden, auch zu den Betroffenen gelangen. Sein Büro ist in Shiprock, nahe den „Four Corners“, jener Stelle, an der die vier Staaten Utah, Colorado, New Mexico und Arizona aneinandergrenzen. Seine Arbeit geht ihm „unter die Haut“; er hat sofort Tränen in seinen Augen, wenn er über die Opfer spricht. Seit Jahren sieht er sich Kranken gegenüber, die von Leukämie, Haut- und Lungenkrebs gezeichnet sind; in vielen Familien wurden geistig Behinderte geboren. In allen Wohnungen stehen die Fotos der Verstorbenen und erinnern an die ahnungslose Zeit, als alle den Uran-Boom willkommen hießen. Doch seither heißt das Uranoxid in der Sprache der Diné „Leetso“ – das gelbe Monster.

Auf dem Stammesgebiet der Diné ist Leetso vorerst gebannt. Im April 2005 erließ die Regierung der Diné-Nation ein Gesetz, das den Abbau von Uranerz und die Herstellung von Yellow Cake verbietet – freilich reicht das Gesetz der Diné nur bis an ihre Reservatsgrenzen, die Minen dahinter verseuchen das Land weiter ungehindert. Der Schritt von Diné-Präsident Joe Shirley Jr. wurde von vielen Stämmen als Orientierung gesehen; ein Nein zu erneutem Uranabbau war vor allem von den Lakota zu vernehmen, deren uranhaltige Heimat in den Bundesstaaten Wyoming, South Dakota und Nebraska gefährdet ist.

Doch die Uranindustrie hört nicht auf, die indianischen Stammesregierungen zu umwerben. Seit die Atomkraft als Klimaretter propagiert wird, gilt derjenige, der gegen den Uranabbau kämpft, auch noch als Zerstörer des

Weltklimas. „Die Nuklearindustrie scheut keine Lügen“, sagt Manuel Pino, Professor für Soziologie in Scottsdale, Arizona. Der athletische Mann stammt aus dem Acoma Pueblo, in dessen Nähe die größte Uranmine der USA lag; sie wird inzwischen renaturiert. Pino ist ein Läufer, in seiner Kultur ist Laufen nicht nur Sport, sondern auch Meditation. Doch Laufen kann tödlich sein, wenn alpha-strahlende Partikel sich in den Atemwegen festsetzen. Alphastrahlen sind zwar kurz und schwach, doch in der Lunge sind sie eine Dauerbelastung. „Es gibt kaum eine Familie, die nicht Strahlentote zu beklagen hat“, resümiert Pino, der seit den 80er Jahren Öffentlichkeit schafft für die Opfer. Dazu gehört auch die Aufklärung über international operierende Energiekonzerne. Einer von ihnen ist



die französische Areva. Ihre Spur führt uns nach Afrika.

Arlit, Niger. Das Territorium der Tuareg erstreckt sich von der algerischen Sahara aus nach Süden. Französische Atomtests haben den Lebensraum der Nomaden schon vor Jahrzehnten verseucht. Als dann in der Wüste von Niger Uran entdeckt wurde, ließ die Areva-Vorgängerin Cogema eine Stadt bauen: Arlit.

So wie viele Boomstädte hatte Arlit anfangs eine Betriebsamkeit, die einen Hauch von Metropolenflair ausstrahlte; die Verseuchung war kein Thema.

Heute erlebt der Besucher das wahre Gesicht Arlits: eine wuchernde, 90 000 Einwohner zählende Bergbausiedlung, die je nach Windrichtung von radioaktivem Staub überzogen wird und in der Areva sämtliche Bereiche kontrolliert. Das Krankenhaus gehört dem Konzern und ist nur

für Bergleute zugänglich.

Wie die französische Menschenrechtsorganisation „Association Sherpa“ herausfand, diagnostizieren die Ärzte bei Krebskranken fast durchwegs AIDS; ist der Lungenkrebs gar nicht mehr zu leugnen, wird Rauchen als Ursache angegeben, um nur ja keine Verbindung zum Uranbergbau herzustellen. Nur Haut- und Gehörschäden werden als berufsbedingte Krankheiten anerkannt.

2003 reiste der französische Nuklearwissenschaftler Bruno Chareyron vom Strahlenforschungslabor CRIIRAD mit einem Team in den Niger, um die radioaktive Belastung zu messen, der die Bevölkerung ausgesetzt ist. Über die Ergebnisse berichtete Chareyron 2007 auf einem Kongress in Stockholm: Fast alle Unterkünfte in den Slums ließen den Geigerzähler laut werden, beim Trinkwasser maßen die Aktivisten Belastungen bis zum 110-fachen des von der Weltgesundheitsorganisation WHO festgesetzten Grenzwerts.

Das Team fand heraus, dass die Firma jahrelang verstrahltes Altmetall abgegeben hatte, das dann auf den Märkten angeboten und für den Bau von Hütten verwendet wurde. Ein Rohr, das offensichtlich aus der Erzaufbereitungsanlage stammte, wies eine Belastung von 200 000 Becquerel pro Kilogramm auf. Einige der Befragten erzählten, dass sie strahlenden Schrott als Bonus erhalten hatten; manche hatten aus dem verseuchten Metall sogar Kochtöpfe gefertigt. Über die gesundheitlichen Gefahren waren die Arbeiter nie informiert worden. In einer Hütte fand das Team ein Stück radioaktives Erz, das der Bewohner als Souvenir aufbewahrte; die gemessene Dosisleistung betrug ein Millisievert pro Stunde. „Wenn der Mann sich nur wenige Minuten am Tag in einem Meter Entfernung zu dem Brocken aufhält, hat er die erlaubte Strahlendosis bereits weit überschritten,“ erläutert Chareyron.

Für die Tuareg ist keine Entwarnung in Sicht. Denn die Republik Niger,

eines der ärmsten Länder der Welt, ist fatalerweise vom Uran abhängig: Der Export macht 30 Prozent des Staatshaushalts aus. Erst im März besuchte Frankreichs Präsident Sarkozy, dessen Staat 85 Prozent von Areva besitzt, mit der Areva-Vorstandsvorsitzenden Anne Lauvergeon in alter Kolonialmanier den Niger, um eine verstärkte Uranförderung zu beschließen: Die neue Mine Imouraren soll eine Jahresproduktion von 5000 Tonnen Yellow Cake für Frankreichs 58 Reaktoren garantieren. Damit wäre sie die zweitgrößte Uranmine der Welt.

Außerdem hat Niger nicht weniger als 140 Schürfrecht-Titel an andere internationale Firmen vergeben – für die Tuareg ein Todesurteil: Die kargen Wasserressourcen werden für den Bergbau verwendet und gleichzeitig kontaminiert. Kein Wunder, dass die Wut gärt. 2007 kam es sogar zu einem bewaffneten Aufstand gegen ein Explorationscamp, der brutal niedergeschlagen wurde. Amnesty International und Human Rights Watch erheben massive Vorwürfe gegen die Regierung und die Armee im Niger. Sie berichten von willkürlichen Verhaftungen, Folter, Vertreibung und sogar Erschießung. Die Umweltorganisationen „Pro Natura“ und „Erklärung von Bern“ kürten Areva anlässlich des Davoser Weltwirtschaftsforums 2008 zu einem der zwei „unverantwortlichsten Konzerne des Jahres“.

Northern Territory, Australien.

Der fünfte Kontinent hat kein einziges Atomkraftwerk. Trotzdem ist er auf weite Strecken verstrahlt. Zum einen, weil die Briten in der Maralingawüste, in Emu und auf den Monte-Bello-Inseln über Jahrzehnte ihre Testbomben zündeten; zum anderen, weil hier riesige Uranlager ruhen – beziehungsweise nicht mehr ruhen, denn seit einem halben Jahrhundert ist Uran einer der Hauptexportartikel Australiens.

Die gestörte Ruhe des Urans war für die Ureinwohner der Beginn des Unheils. Denn tief in der Erde wohnt nach ihrer Überlieferung die Regenbogenschlange. Sie verkörpert die Erzadern: Wer die Schlange stört, entfesselt verheerende Kräfte. Alle Bodenschätze haben in der Kosmologie der Aborigines eine Tiergestalt. „Die Bodenschätze sind Organe des Planeten, verletzte Organe lassen die

Erde krank werden“ sagt Rebecca Wingfield-Bear, eine Aktivistin vom Stamm der Kokatha Mula;. Alle Konturen des Landes stammen aus der Traumzeit und sind heilig; sie geben den Lebewesen Raum und Identität.

In den Northern Territories streckt



sich Besuchern eine Hand mit gespreizten Fingern entgegen. Bei Demonstrationen in der Stadt Darwin und auf dem Weg zum

Kakadu-Nationalpark auch. Ebenso auf Fahnen, auf Ansteckern, Autoaufklebern und Postern. Die Hand sagt: Nein zum Uranabbau in Jabiluka.

Die Hand gehört Yvonne Margarula vom Stamm der Mirra. Jabiluka gehört zum Kakadu-Nationalpark – der wiederum ist so wertvoll, dass er teilweise zum Welt-Naturerbe zählt. Hier ist das angestammte Land von Yvonne Margarulas Klan. Margarula, so will es die Tradition, ist mit verantwortlich für die Unversehrtheit des Landes; sie konnte, gestärkt durch weltweiten Widerstand und die Hilfe der UNESCO, den geplanten Abbau von Jabiluka verhindern. Doch ein Stück weiter südlich, ebenfalls innerhalb der Grenzen des Nationalparks, schreitet die Zerstörung fort.

Denn hier reißt seit einem Vierteljahrhundert die Staatsfirma Energy Resources of Australia (ERA) die Landschaft auf. Ranger Mine heißt der Tagebau, den ERA gemeinsam mit dem Branchenriesen Rio Tinto betreibt; es ist die zweitgrößte Uranmine der Welt, sie liefert alleine mehr als zehn Prozent der Weltproduktion. Mindestens bis 2021 soll Ranger noch in Betrieb sein. Kürzlich verkündete Rio Tinto, dass man künftig die Erzaufbereitung zusätzlich per Haldenlaugung vornehmen will, also aus dem bereits abgelagerten Abraum mit massivem Einsatz von Säuren noch einmal Uran extrahieren möchte. Das bedeutet mehr Wasserverbrauch, mehr giftige Schlämme. Ohnehin sind die Dämme, die den flüssigen Abraum zurückhalten sollen, nicht dicht: Seit 1981 wurden an die 150 Dammrisse und Überschwemmungen verzeichnet. Nach offiziellen Angaben sickern derzeit

täglich rund 100 000 Liter kontaminiertes Wasser aus der Mine ins Umland. Der Industrieminister des Bundesstaates, Kon Vatskalis, zeigt sich „besorgt“; die Mine sei aber unter „enger wissenschaftlicher Überwachung“.

Der Margarula-Klan besuchte sogar in Paris die UNESCO-Zentrale mit dem Vorschlag, die Uranmine dem Weltkulturerbe einzuverleiben und damit zum Schließen zu zwingen. Umsonst. „Sie stehlen unsere Zukunft“, sagt Yvonne Margarula und hat damit nicht nur den Uranbergbau im Visier. Auf dem traditionellen Land der Arrernte und Luritja will die Regierung des Bundesstaates Northern Territory bis 2011 auch noch ein Lager für Strahlenmüll aus Frankreich und England anlegen – „in the middle of nowhere“ (im Niemandsland), wie Australiens damaliger Wissenschaftsminister Brendan Nelson die Entscheidung rechtfertigte. Der (inzwischen abgewählte) Minister steht mit seiner Ignoranz nicht alleine. Als ein deutsches Filmteam kürzlich in Australien über die Hintergründe des Uranabbaus recherchierte



und eine Passantin in Melbourne fragte, was sie über Uran wisse, kam die Gegenfrage: „Uran – ist das ein Land?“ Der unfreiwillig tragikomische Ausspruch gab dem Film den Titel: „Uranium – is it a country?“

Was also tun? „Ihr könnt uns helfen, indem ihr umschaltet“, sagte Manuel Pino kürzlich auf einer Tagung der deutschen Sektion der Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) in Bonn. „Mit einem Ja zum Ökostrom könnt ihr bei uns indigenen Völkern Menschenopfer verhindern!“

Claus Biegert ist Gründer des „Nuclear-Free Future Award“

WAHNSINNIGE GEFAHREN und wunderbare Möglichkeiten

Raimund Kamm

Bis vor 220 Jahren war für die meisten Briten die Sklaverei normal und der Sklavenhandel war ein Hauptpfeiler der englischen Wirtschaft. Nur eine kleine Außenseitergruppe spürte und sagte, dass es Unrecht ist. Und nach einer 25 Jahre dauernden beispiellosen Kampagne mit Vorträgen, Unterschriftensammlungen, Petitionen, Boykottaufrufen und Demonstrationen beschloss 1807 das britische Unterhaus mit großer Mehrheit, dass der Handel mit Sklaven unter Strafe gestellt wird.

Als 1959 im Deutschen Bundestag mit dem Atomgesetz der Kernenergie die Tür geöffnet wurde, hat sich nur ein einziger Abgeordneter der Stimme enthalten. Jetzt, fünfzig Jahre später, nach fünfunddreißig Jahren Auseinandersetzung, wissen wir um die Gefahren der Atomtechnik und auch der Emission unmäßiger Mengen von Treibhausgasen. Jetzt können wir bei der Bundestagswahl am 27. September 09 konkret gegen das noch längere Laufenlassen der Atomkraftwerke und für eine machbare Zukunft, die auf Erneuerbare Energien setzt, stimmen.

Aber die Atomprobleme sind nicht sinnlich. Strahlung können wir nicht sehen, nicht schmecken, hören oder riechen. Und die Atompropaganda von RWE, EON & Co hat viele Köpfe verwirrt. Also müssen wir immer und immer wieder über die Gefahren und die Alternativen reden.

1. Atomkraftwerke sind lebens- und landesgefährlich

Lasst uns mit den Bürgerinnen und Bürgern keine unverständlichen Ventil- oder Dübeldiskussionen führen. Verwenden wir besser die anschlussfähigen Argumente, wie: Mein Auto hat 55 Kilowatt und ist höher haftpflichtversichert als Deutschlands größtes Kernkraftwerk, das AKW Gundremmingen mit seinen 2.688.000 Kilowatt. Nur etwa 1 Prozent eines denkbaren Schadens hat das AKW Gundremmingen durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt und zahlt hierfür dem Vernehmen

nach - offiziell wird die Zahl als Geschäftsgeheimnis behandelt - jährlich eine Million Euro Versicherungsprämie. Diese nüchternen Zahlen zeigen, wie hoch die Kaufleute doch das Risiko eines AKW Großunfalls einschätzen.

Die Versicherungen halten die Atomkraftwerke wahrlich nicht für sicher. Das sieht man auch daran, dass viele von ihnen seit einigen Jahren leise und ohne viel Aufhebens bei z.B. Hausratsversicherungen oder Kfz-Kaskoversicherungen im Kleingedruckten die Entschädigung von Nuklearunfällen ausschließen.

2. Kernkraftwerke machen krank, krebskrank

Im Dezember 2007 wurde die Kinderkrebstudie veröffentlicht. Mit dem bisher weltweit höchsten wissenschaftlichen Aufwand wurden die zwischen 1980 und 2003 in unserem Land an Krebs erkrankten Kleinkinder untersucht und dann mit nicht erkrankten Kleinkindern verglichen. Hauptergebnis: Je näher ein Kleinkind an einem AKW wohnt, desto höher ist sein Risiko, an Krebs zu erkranken. Und es wurde keine signifikante Häufung anderer bekannter Krebsverursacher gefunden. Bei über hundert an Krebs erkrankten Kleinkindern ist die Nähe des Wohnortes zu einem der deutschen AKW-Standorte die einzige Erklärung für die Krankheit. Viele andere wissenschaftliche Studien in England oder den USA zeigen in dieselbe Richtung. Zudem liegt auch noch die durchschnittliche Lebenserwartung im Landkreis Dillingen, der in Hauptwindrichtung des größten deutschen Kernkraftwerks, des AKW Gundremmingen, liegt, auffällig unter dem Landesdurchschnitt; bis heute gibt es dafür keine andere Ursachenerklärung.

3. Kein Kilo Kernbrennstoff entsorgt

Durch die Spaltung des Urans wird in den Atomkraftwerken ungeheuer viel Energie frei gesetzt. Ein einziges Brennelement im Gundremminger

Siedewasserreaktor hat eine Wärmeleistung von fast 5.000 Kilowatt; also so viel wie die Heizungen von 250 Einfamilienhäusern.

Ich verstehe den Stolz der Ingenieure und Physiker, eine solche Maschine entwickelt zu haben. Aber diese Wärmefreisetzung hat eine furchtbare Kehrseite: Wenn das Brennelement vier bis sechs Jahre im Reaktor war, dort Uran gespalten wurde, und dann das Brennelement schon einige Monate im Abklingbecken lagert, ist seine Radioaktivität rund 10 Milliarden mal so hoch wie beim frischen Uranbrennelement vor Beginn der Kernspaltung. 10 Milliarden mal – das ist, als wenn man aus einem Zentimeter 100.000 Kilometer machte.

Die wahnsinnige Radioaktivität entsteht also erst durch die Kernspaltung. Dann braucht es über eine Million Jahre bis das verstrahlte Brennelement wieder annähernd naturverträglich wird.

Die Gefahren der Atomenergie und der menschengemachten Erderwärmung sind wahnsinnig. Aber wir können uns mit Energieeffizienz und mit Erneuerbaren Energien schnell von dieser unsere Erde bedrohenden Energiewirtschaft befreien. Heute erzeugen wir schon über 16 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien. Im Jahr 2020 werden es bald 50 Prozent sein. Und wenn wir endlich mit dem „AusistAus“-Gesetz zur Verhinderung der Leerlaufverluste (Stand-by), mit der Durchsetzung von Hochwirkungsgradmotoren und effizienten Kühl- und Beleuchtungstechniken ernst machen, können wir uns oder unsere Kinder sich ganz mit Erneuerbaren Energien versorgen. Mehr hierzu steht in dem Faltblatt „Entscheidung 2009 – Wie gestalten wir unsere Zukunft?“ des Aktionsbündnisses „Neue Energie für Deutschland“.

Das Faltblatt können Sie über Aktionsbündnis c/o Sonnenkraft Freising e.V., Maier-Braun-Weg 12, 85354 Freising, beziehen.

WO DER PFEFFER WÄCHST UND ROTE FAHNEN WEHEN

Kerala – ein fortschrittlicher, politisch interessanter Bundesstaat in Südindien

Ein (politischer) Reisebericht von Helmut Selinger

Kerala, das schöne südindische Bundesland, ist das weltweit erste Land, in dem vor 52 Jahren in bürgerlich-demokratischer Wahl eine kommunistische Partei zum Regieren kam. Seitdem wird es von der KP regiert - unterbrochen von Episoden anderer Regierungen (insbes. Kongresspartei) -, aktuell ist wieder ein linkes Bündnis an der Macht. Einen Sozialismus zu schaffen, fehlt es aber für ein Bundesland in Indien an verfassungsmäßig möglicher Macht. Dennoch gelingt es dort auf beeindruckende Weise, Bildung, Landreform, Sozialpolitik und Gesundheit mit weit höherer Qualität zu verwirklichen als im Mutterland Indien.

Als mein Sohn Leo dort unter Trägerschaft der E.F. Schumacher-Gesellschaft 2008 den „Zivildienst im Ausland“ (ADiA) leistete, besuchte ich ihn und das Land.

Warum, fragt man sich, hat sich in Kerala eine emanzipativere politische Kultur entwickeln können? Nun, Kerala hatte als Küstenland (am arabischen Ozean) z.B. immer eine starke Seefahrer-Tradition, das hat es wohl besonders offen gemacht.

In Kerala ist außerdem die Mischung der Religionen friedlicher gelungen und toleranter als anderswo. Neben 56% Hindus gibt es zwei weitere starke Minderheitsreligionen: Islam 25 % und Christen 19%. In Kerala gab es durch den Wettstreit der Religionen miteinander auch schon früher vereinzelt gute Schulen und Hospitäler.

Kerala hat ein besonders fruchtbares, regenreiches, warmes Klima und guten Boden.

Kerala hat eine große sozialreformistische Tradition.

Narayana Guru zum Beispiel (1855 –



1928) war ein bemerkenswerter hinduistischer Philosoph und Sozialreformer, trat für Brüderlichkeit, säkulare Strukturen und gegen das Kastenwesen ein.

Und E.M.S. Namboodiripad (1909-1998) gilt als moderner Vater des Modells Kerala, er steht für eine eigenwillige Mischung aus Marxismus und Spiritualität, verbindet manche Idee Gandhis mit eigenem revolutionärem Empfinden. Namboodiripad wurde 1957 als Kommunist der erste frei gewählte Ministerpräsident von Kerala nach der Gründung des Bundesstaates.

Eine linke Mehrheit regierte das Bundesland von 1957 bis 1985. Danach erfolgte ein Regierungswechsel. Seit 3 Jahren wiederum regiert die KP. Regierungschef ist V.S. Achuthanandan (geb. 1923).

Der Spielraum für ein Bundesland ist jedoch begrenzt. Die Zentralregierung hat sogar das Recht, eine Landesregierung abzusetzen. Von diesem Verfassungsartikel 356 (President's rule) wurde in Kerala auch schon 5 mal Gebrauch gemacht, meistens gegen die kommunistische Regierung, weil im Grunde konsequente Maßnahmen der Landesregierung

wie z.B. die Agrarreform der Zentralregierung in Dehli zu „revolutionär“ waren.

Wie ist die Situation heute in Kerala? Was gelingt gut in Kerala?

Kerala ist etwa so groß wie Nordrhein-Westfalen, jedoch mit 32 Millionen weitaus dichter besiedelt. Die Landwirtschaft ist mit Reis, Kokosnuss, Pfeffer, Kaffee, Kautschuk und anderen Agrarprodukten die

Haupterwerbsquelle für über 60% der Bevölkerung.

Der neoliberale Kurs Indiens und der Beitritt zur WTO 1995 hatte in Kerala nicht die gleichen verheerenden Auswirkungen wie im Rest des Landes. In Gesamtindien gab es z.B. eine schlimme Agrarkrise. Während die Kosten für Düngemittel und Saatgut durch die ungezügelte Marktmacht internationaler Konzerne explodierten, wurden gleichzeitig die Preise für die inländischen Agrarprodukte durch die Weltmarktkonkurrenz gedrückt. Außerdem wurde die frühere zentralindische Unterstützung der Landwirtschaft massiv reduziert. Und zwar zugunsten einer Subventionierung von Industrieansiedlungen internationaler Konzerne (z.B. IT-Multis in the „electronic city“ Bangalore und Hyderabad).

Die Folgen für die Masse der von der Landwirtschaft abhängigen indischen Landbevölkerung – immerhin mehr als 2/3 – sind katastrophal. Und in den letzten Jahren haben sich mehr als hunderttausend Bauern das Leben genommen, weil sie ihre Familien nicht mehr ernähren, die Lizenzgebühren z.B. an Monsanto und ihre Schulden nicht mehr bezahlen konnten. Der Widerstand dagegen aller-

dings wächst indienweit, mit einer Landarbeiter- und Bauernbewegung und mit den legendären Aktivistinnen wie Arundhati Roy und Vandana Shiva.

Kerala steuert dieser unseligen zentralindischen Vernachlässigung des Agrarsektors entgegen, indem es Investitionen und Unterstützung für die ländlichen Regionen und die Bevölkerung erhöht. Damit setzt es ihre erfolgreiche Landreform aus den 60-er Jahren und die Achtung bäuerlicher Kultur fort.

So ist es nicht verwunderlich, dass in Kerala, selbst weitab von Städten, rote Fahnen wehen und viele Bauern selbstverständlich erklären, dass sie Kommunisten sind.

Der Kampf gegen die neoliberale Weltmarktorientierung zeigt sich auch im erfolgreichen Kampf gegen die Konzernpolitik von Coca Cola. Keralas Regierung unterstützte die Kampagne der NGOs und der Bauern im Dorf Plachimada. Der Coca Cola Abfüllbetrieb hatte dort das Grundwasser verseucht und abgesenkt und zudem eine Monopolstellung beim Trinkwasserverkauf zu errichten versucht. Die wasserverschwenderische Produktion wurde eingestellt.

Generell stellt sich in Kerala die soziale Frage für die einfachen Menschen besser dar als in anderen indischen Bundesstaaten, in denen die Kluft wächst – zwischen der Ober- und Mittelschicht, die vom Wirtschaftsaufschwung profitiert, und den Armen, die unter der vernachlässigten Infrastruktur zu leiden haben. In Kerala ist die Armut geringer, die Grundversorgung besser (Lebensmittelverteilung, Altersversorgung), die sozialen Unterschiede zwischen arm und reich sind geringer. Die Arbeitsbedingungen und die Löhne sind besser, es gibt vernünftige Arbeitsgesetze und es gibt Mindestlöhne. Die Gewerkschaften sind stark und auch Frauenrechte werden gut organisiert und umge-

setzt.

In der allgemeinen Wirtschaftspolitik versucht Kerala, sich der seit 1991 vorherrschenden neoliberalen, gesamtindischen Linie zu widersetzen. Den Industrieansiedlungen von großen internationalen und indischen Konzernen werden Klein- und Mittelbetriebe und Genossenschaften vorgezogen. Die berühmten Bidi-Zigaretten werden z.B. in der Dinesh Bidi Arbeiter Kooperative produziert. Sie wurde 1968 gegründet und hat heute über 40.000 Beschäftigte, 80% davon Frauen. Bis heute wurde das Produktspektrum erheblich erweitert. Nachahmungsversuche in anderen Bundesländern scheiterten daran, dass private Konkurrenzfirmen den Genossenschaftsversuch ohne starke Arbeiterbewegung und staatliche Begleitunterstützung z.B. durch Niedriglöhne konterkarieren konnten. In Kerala haben sich derweil auch grosse Straßenbau-, Banken- und andere Genossenschaften entfalten können, z.B. die große Restaurant-Genossenschaftsbewegung der „Indian Coffee Houses“. Dieses Genossenschafts-Erfolgsmodell, das nicht nur preiswertes Essen, sondern auch volksnahe Geselligkeit bietet,

seinen Arbeiterinnen nur die Hälfte des Lohns zahlen wie hier! Und auf dem Weltmarkt würde er ja schließlich auch keinen höheren Preis für seine Produkte erhalten“. Ja, das stimmt, und so bleiben also die Profite für die Unternehmen in Kerala kleiner als woanders und manche Investoren scheuen deshalb das Land .

So ist die Rate der privaten und ausländischen Industrie-Investitionen in Kerala wesentlich geringer als in manchen anderen Regionen von Indien. Und das führt wiederum dazu, dass es für die so gut ausgebildeten KeralaerInnen zu wenig qualifizierte, moderne Arbeitsplätze gibt. Sie können durch öffentliche Unternehmen und kleine Betriebe nicht völlig ersetzt werden. Viele Ingenieure und andere Akademiker arbeiten deshalb vorübergehend außerhalb von Kerala, z.B. in arabischen Golfstaaten.

Große, unbestrittene Erfolge hat die Linke in Kerala im Bildungs- und Gesundheitssektor.

Die „Literacy-rate“ (Lese- und Schreibfähigkeit) ist in Kerala die höchste in ganz Indien (95% gegenüber 65%)



- Die breite „Volksbildungsbe-
wegung“ KSSP, wurde
1990 mit einem
UNESCO-Preis ausge-
zeichnet. Durch sie
wurden auf dem Land
viele Fähigkeiten ge-
fördert, auch für eine
selbstbewusste und
qualifizierte Teilhabe
am öffentlichen Le-
ben in den berühmten
kommunalen Räten,
im „Panchayat“.

- Nur dadurch sind
die ermutigenden
partizipatorischen
Prozesse auf dem
Land auch unter
Beteiligung von Frauen

breitete sich über ganz Indien aus.

Aber es gibt auch private Unternehmer und Firmenbesitzer, die stöhnen. Ein Tee-, Kaffee- und Pfeffer-Plantagenbesitzer klagte mir sein Leid: „Im wenige km entfernten Nachbarland (Karnataka) müsse er

möglich geworden. Es gibt große Bemühungen um kommunale Selbstbestimmung, Dezentralisierung und Bürgerbeteiligung – teilweise erinnern sie an ähnliche Bestrebungen in Brasilien (Porto Alegre).

- Die Lebenserwartung ist in Kerala

wesentlich höher und die Kindersterblichkeit viel geringer als sonst in Indien.

Und was ist mit der Religion in Kerala?

Für mich war es eine frappierende Erfahrung, dass die Religion in Indien trotz der säkularen Verfassung eine so große Rolle spielt. Auf der einen Seite bedeutet die religiöse Einbindung eine gewisse Immunität gegen den globalisierten Kapitalismus und seinen Konsum-Materialismus. Andererseits führen Hinduismus und Kastenwesen zu einer erschreckend klaglosen Duldung der miserablen Situation des konkreten Lebens mit Armut, Müll, Lärm und evtl. Krankheit.

Der Glaube und die Zugehörigkeit zu einer Kaste führen zu einem festen Weltbild, zu Fatalismus und politischer Passivität, es bleibt wenig Raum für eigenes, selbstbewusstes Handeln und Denken.

In Kerala aber hatte ich den Eindruck, dass das Ausmaß des Religiösen geringer ist.

Ich habe mich in Indien oft gefragt, welche Formen der Kontemplation, der Rituale und des Staunens möglich wären, die das diesseitige Leben bejahen und für dieses Leben so sehr begeistern, dass sie religiöse Bindungen ersetzen können.

Auch da ist das Beispiel Kerala m.E. hochinteressant, da die Geistestradiation des philosophischen Materialismus und Humanismus offenbar auch in einem asiatischen Land, das traditionell so stark von Religion durchdrungen ist, auf große Zustimmung stößt und sich mit den eigenen humanistisch-spirituellen Geistestradiationen (incl. Gandhi) vereint. Hier wird das Ziel der indischen Verfassung – eine säkulare, sozialistische Republik – schon weitgehend gelebt. Auch ist hier erfreulicherweise der Einfluss der nationalistisch-halbfaschistischen Hindupartei BJP gering und eine gravierende Intoleranz oder Gewalt zwischen den Religionen und Nichtgläubigen gibt es nicht.

Ein Fazit dieser Reise:

Kerala ist kein sozialistisches Land. Trotzdem ist es der kommunistischen Bewegung in Kerala gelungen, immer wieder auf demokratischem Weg und durch die engagierte Orientierung auf

die einfachen Menschen, die Bauern und die ArbeiterInnen, die Lebensverhältnisse in der Breite zu verbessern. Die weltweiten sozialen Bewegungen können von Kerala viel lernen, vor allem im Hinblick auf dezentrale Strukturen und Partizipation.



Einige Erläuterungen zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Indien und Kerala:

Die CPI (Communist Party of India) ist die älteste linke Partei Indiens und wurde im Oktober 1920 in Taschkent gegründet. Manchmal wird die Gründung auch auf Dezember 1925 datiert, das Datum einer ersten größeren offenen Konferenz der CPI in der indischen Stadt Kanpur.

1957, bei der ersten freien Wahl in Kerala, gewann die CPI die Mehrheit, 1964 kam es zur Abspaltung der CPI (M), Communist Party of India (Marxist), von der CPI. Hauptgrund waren unterschiedliche Positionen zum indisch-chinesischen Grenzkrieg 1962. Ein relevanter Teil der Partei stellte sich auf die Seite Pekings und gründete die CPI(M). Die CPI(M) emanzipierte sich jedoch schon 1968 von Peking. In den 70-er Jahren war vor allem die Haltung zur Notstandregierung von Indira Gandhi (1975-1977) der entscheidende Streitpunkt. Die CPI zeigte Verständnis für I. Gandhi, die CPI(M), übte massive Kritik.

Anfang der 80-er Jahre näherten sich beide Parteien wieder an und stellten gemeinsame Regierungen in Kerala und Westbengalen, gründeten gemeinsam die Left Democratic Front (LDF).

Heute gibt es im Grunde kaum politische oder ideologische Differenzen. In allen wesentlichen Fragen arbeitet man konstruktiv zusammen. Gemeinsam und ergänzt um weitere kleine, linke Gruppierungen stellen beide Parteien die Regierungen in drei Bun-

desstaaten (u.a. auch in Westbengalen).

Die CPI(M) hat sich zur weitaus stärkeren Partei entwickelt, heute mit über 1 Mio Mitglieder in Indien, davon ca. 350.000 in Kerala. Die CPI hat einige hunderttausend Mitglieder. Im Zentralparlament von Indien (545 Sitze) stellt die CPI(M) 43 und die CPI 10 Abgeordnete, gemeinsam wurde bis Herbst letzten Jahres die Minderheitsregierung der Kongress-Partei geduldet, bei gleichzeitig starker substanzieller Kritik in wesentlichen Politikfeldern. Derzeit findet wieder die Wahl zum indischen Zentralparlament statt. Die Linke wird als dritte Kraft eingeschätzt.

Am 16. September um 16 Uhr wird am Odeonsplatz ein Bohrloch "gegraben" um festzustellen, ob der Untergrund Münchens geeignet ist, ein Atommülllager für Millionenjahre einzurichten. Kommt bitte und grabt mit. Wir diskutieren dann ab 17 Uhr mit den Bundestagskandidaten, ob sie München als Atommülllager für geeignet halten oder einen anderen Platz in Deutschland kennen, der tausende von Jahren Sicherheit garantiert.

Also auf zum Odeonsplatz am 16.9., 16 Uhr! Wir freuen uns, viele Mitdiskutierer zu treffen.

DESERTEC

Ein großindustrielles Projekt der etablierten Energiekonzerne

Mit großem publizistischem Aufwand haben 12 Unternehmen am 13. Juli 2009 in München ein „Memorandum of Understanding“ zur Gründung einer Desertec Industrial Initiative Planungsgesellschaft (DII) unterzeichnet. Unterzeichner sind unter anderem E.ON, die Deutsche Bank, Siemens und die Münchner Rück.

Da es dabei um Solarenergie geht wird leicht übersehen, dass Desertec ein industrielles Großprojekt werden soll, das den Großkonzernen die es planen, angemessen ist. Ob die Energie aus der Sonne dann immer noch so sanft ist, wie wenn sie in kleinen, dezentralen Projekten gewonnen wird, ist sehr fraglich. Professor Ernst Schimpff fasst die Kritik an Desertec in vier Punkten zusammen:

1. Wir Europäer sind im Begriff, wieder fremdes Land zu beanspruchen, sowohl für die Parabolrinnen-Kollektoren und die Kraftwerke, als auch für die tausende von km langen Hochspannungsleitungen nach Europa, ohne die Bevölkerung dieser Länder überhaupt gefragt zu haben. Vereinbarungen mit deren Regierungen sind problematisch, zumindest

wenn es sich um Diktaturen handelt. Eine neue Form des Neokolonialismus wird eingeleitet.

2. Der erforderliche Ressourcen-Verbrauch für die Desertec-Großtechnologie und für die Hochspannungsleitungen mit Masten ist - soweit ich weiß - nicht mit dem entsprechenden dezentralen Ansatz vor Ort (Photovoltaik-Anlagen auf den eigenen Dächern) verglichen worden und dürfte wesentlich höher ausfallen.

3. Der dezentrale Ansatz (Strom vom eigenen Dach oder - im Falle von Wind - aus der eigenen Region) wird endlich die Energie-Demokratie in hohem Maße ermöglichen. Eine solche gewährt uns die derzeitige fossil-nukleare Energiewirtschaft nicht und würde uns auch nicht DESERTEC ermöglichen: Die jetzige Strom-Diktatur würde einfach fortgesetzt!

4. Dass Deutschland schon 2008 15,3% Strom aus Erneuerbaren Energien ohne 400 Milliarden € Unkosten erzeugt und im Begriff ist, bis spätestens 2030 100% aus eigenen Kräften und dezentral zu erreichen, wenn die jetzigen Rahmenbedingungen erhalten bleiben, wird nicht thematisiert.

Die Gefahr, dass diese Rahmenbedingungen verschlechtert werden, ist sehr groß, wenn Desertec verwirklicht wird.

dr

IMPRESSUM

Herausgeber

E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.

Situlistraße 75
80939 München

Telefon 089/32462951

oder in dringenden Fällen 089/9039333

Fax 089/90779997

Email:

info@e-f-schumacher-gesellschaft.de

**Sie finden uns im Internet unter
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de**

Verantwortlich für den Inhalt

Ulrich Diekmeyer

Isabella Barbagallo

Redaktion

Dr. Doris Rüb, Isabella Barbagallo

Redaktionsadresse

Isabella Barbagallo

Lusenweg 34

85748 Garching

Telefon 089/32928803

Fax 089/32928805

Email: Barbagallo@t-online.de

Mitarbeit/Autoren

Isabella Barbagallo, Claus Biegert, Raimund Kamm, Dr. Doris Rüb (dr), Prof. Dr. Ernst Schimpff, Dr. Helmut Selinger

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Vertrieb

Der Infobrief wird kostenlos an die Mitglieder der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie verteilt.

Der Infobrief wird auf Umweltpapier gedruckt.

Bankverbindung

Postbank München

BLZ 700 100 80

Konto-Nr. 811 00 808

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der E.F. Schumacher-Gesellschaft werden. Ich bin bereit, ab dem Eintrittsmonat für das laufende Jahr zu bezahlen (€ 42 jährlich, reduzierter Beitrag € 18).

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ _____

Wohnort _____

Telefon _____ Fax _____

Email _____

Datum _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Hiermit gestatte ich der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V. widerruflich von meinem

Konto _____ BLZ _____

Bank _____

den jeweils fälligen Jahresbeitrag zum 1. Mai einzuziehen.

Datum _____

Unterschrift des Kontoinhabers

E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.
Situlistraße 75 · D-80939 München
Konto-Nr. 81100808 · BLZ 70010080 · Postbank München

**Unsere Bitte
an die Nichtmitglieder:
Helfen Sie uns, den Infobrief
durch eine Spende
zu finanzieren.**

E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.



20. August 2009

Liebe Freundinnen und Freunde der EFSG, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Interessenten,
in wenigen Wochen findet die Bundestagswahl 2009 statt, in der es besonders um die Zukunftsgestaltung Deutschlands geht:

- mit welcher Energie wollen wir künftig bevorzugt arbeiten,
- wie schnell wollen wir zu neuen Energiequellen kommen,
- ab wann wollen wir alte, insbesondere fossile Energieanteile im Hinblick auf das Klima nicht mehr verwenden.
- Und insbesondere: wie schnell schaffen wir den Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie, nachdem diese Energiequelle so außerordentlich viele nicht verantwortbare Risiken in sich birgt - deren möglicherweise katastrophale Auswirkungen noch viele Generationen nach uns tragen oder auch bewältigen müssen.

Die E.F. Schumacher-Gesellschaft hat in den vergangenen Monaten mit einem Teil ihrer verfügbaren Personal-Ressourcen das Aktionsbündnis "Neue Energie für Deutschland - Ja zu Atomausstieg Klimaschutz" unterstützt, auch mit einem Betrag von Euro1000 zum Druck der in diesem Zusammenhang entwickelten Flyer beigetragen, siehe Anlage.

Zielsetzungen und Begründungen für dieses Aktionsbündnis können Sie im einzelnen dem Flyer entnehmen und auch weitere Argumentationen aus der entwickelten Web-Seite "www.aktion-ee.de" erkennen.

Wir haben die Broschüre der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) "100 gute Gründe gegen Atomkraft" beigelegt, damit Sie sich noch intensiver mit den problematischen Seiten der Atomwirtschaft auseinandersetzen können, aber auch mehrere Flyer, damit Sie diese an Ihre Bekannten oder Freunde weiterleiten können. Insbesondere von dem Flyer können wir Ihnen auf Anfrage sehr gern auch größere Stückzahlen zur Verteilung zur Verfügung stellen, damit letztlich bei der Wahl Abgeordnete und Parteien zum Zuge kommen, die am beschlossenen Atomausstieg festhalten.

Am 16.09., von 16.00 - 18.00 h beteiligen wir uns an einer Demonstration "München ein Atommülllager" das von Campact (siehe Internet) organisiert wird. Ein Redebeitrag wird von unserem Mitglied Inge Glatzel geleistet und Sie sind herzlich dazu eingeladen. Ab 17.00 h diskutieren dort Münchner Bundestagskandidaten öffentlich.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich mit uns in den nächsten Wochen noch dieser Aufgabe vermehrt widmen, wir würden uns auch über einen Kommentar / eine Stellungnahme zu unserer Initiative freuen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Diekmeyer', written in a cursive style.

Ulrich Diekmeyer
(im Namen der Vorstandschaft)

E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.

Situlistr. 75 · D-80939 München · Telefon 089-32462951 und Telefon 089-9039333 · Fax 089-90779997
Bankverbindung: Postbank München, Konto Nr. 81100808, BLZ 700 100 8075